



Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

20. Sitzung (öffentlich)

9. Oktober 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 18:00 Uhr

Vorsitz: Friedhelm Ortgies (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **7**

**1 Entwicklung des Landesbetriebes Wald und Holz NRW im Zeitraum
von 2005 bis 2012 und seine Zukunftsperspektiven** **8**

- Bericht des Ministers für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz
Vorlagen 16/1196 und 16/1305

Im Anschluss an die Berichte von Minister Johannes Remmel (MKULNV) und Andreas Wiebe (Leiter des Landesbetriebes Wald und Holz NRW) erörtert der Ausschuss verschiedene Fragestellungen.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
20. Sitzung (öffentlich)

09.10.2013
sd-ro

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014) 20

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3800
Erläuterungsband zum Einzelplan 10 – Vorlage 16/1070

Einzelplan 10 – Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz
Vorlage 16/1316

Minister Johannes Remmel (MKULNV) führt in den Haushalt ein. Die PowerPoint-Präsentation liegt dem Ausschuss mit Vorlage 16/1316 vor.

3 Millionenfachen Tod durch Mähmaschinen verhindern 27

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/3236

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/3595
Änderungsantrag der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4209

Der **Ausschuss stimmt** dem **Änderungsantrag** der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Piraten **Drucksache 16/4209** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Piraten gegen die Stimmen der Fraktion der CDU **zu**.

Sodann **lehnt** der **Ausschuss den Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 16/3595** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Piraten gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **ab**.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
20. Sitzung (öffentlich)

09.10.2013
sd-ro

4 Einführung rechtsverbindlicher Mindeststandards für die Putenhaltung 30

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/3422

Der **Ausschuss stimmt** dem Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 16/3422** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und den Piraten gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **zu**.

5 PCB-Belastung in öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Kitas und Sporthallen 31

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/1257

6 Gesetz zur Änderung des Landesforstgesetzes 31

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2097

In Verbindung mit:

Rot-Grüne Landesregierung darf Weihnachtsbaumtradition in Nordrhein-Westfalen nicht gefährden 31

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1621

APr 16/239 (Öffentliche Anhörung)

Die Beratung über TOP 5 und 6 wird geschoben.

**7 Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Flurbereinig-
ungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen 32**

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
20. Sitzung (öffentlich)

09.10.2013
sd-ro

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/2977

Der **Ausschuss stimmt** dem Gesetzentwurf **Drucksache 16/2977** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP **zu**.

- 8 Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Bereich der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz**

33

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3970

Der **Ausschuss stimmt** dem **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 16/3970** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten bei Enthaltung der FDP-Fraktion **zu**.

- 9 Entwurf einer Verordnung zur Neuregelung der Zuständigkeiten nach der Bundes-Tierärzteordnung (Zuständigkeitsverordnung Bundes-Tierärzteordnung – BTOZustVO)**

34

Vorlage 16/1110

Der **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** wurde angehört.

- 10 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Energierechts**

35

Vorlage 16/1111

Der **Ausschuss lehnt** den Einwand der CDU-Fraktion, der von Herrn Kufen vorgetragen wurde, mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten bei Enthaltung der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **ab**.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
20. Sitzung (öffentlich)

09.10.2013
sd-ro

Der **Ausschuss** wurde angehört. Einwendungen wurden nicht erhoben.

11 Entwurf einer Verordnung zur Zuweisung weiterer Aufgaben an das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz 38

Vorlage 16/1125

Der **Ausschuss stimmt** der Verordnung **Vorlage 16/1125** mit den Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion **zu**.

12 Entwurf einer Verordnung zur Selbstüberwachung von Abwasseranlagen – Selbstüberwachungsverordnung Abwasser -SüwVO Abw 39

Vorlage 16/1131

Der **Ausschuss stimmt** der Verordnung **Vorlage 16/1131** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten **zu**.

13 Entwurf einer zweiten Verordnung zur Änderung der Badegewässerverordnung 43

Vorlage 16/1162

Der **Ausschuss** wurde **angehört**.

14 Giftmüll in RAG-Bergwerken 44

Vorlage 16/1150

– Bericht von Minister Johannes Remmel (MKUNLV),
Aussprache.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
20. Sitzung (öffentlich)

09.10.2013
sd-ro

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3800
Erläuterungsband zum Einzelplan 10 – Vorlage 16/1070

Einzelplan 10 – Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur-
und Verbraucherschutz
Vorlage 16/1316

Vorsitzender Friedhelm Ortgies merkt an, der Gesetzentwurf der Landesregierung sei vom Plenum in der Sitzung am 25. September 2013 an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie an die zuständigen Fachausschüsse überwiesen worden. Er verweise auf die übersandte schriftliche Einführung durch den Minister – Vorlage 16/1209. Der HFA habe gebeten, bis spätestens 19. November die Beratungsergebnisse mitzuteilen. Das bedeute, dass der Umweltausschuss spätestens am 6. November die abschließende Beratung durchführen müsse. Der Minister werde nun mündlich seinen Bericht vortragen. Anschließend könnten Fragen dazu gestellt werden.

Minister Johannes Remmel (MKULNV) trägt mithilfe einer PowerPoint-Präsentation – vgl. Vorlage 16/1316 – folgenden Einführungsbericht vor:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen darstellen, welchen Anteil der Einzelplan 10 am Gesamthaushalt des Landes hat. Das sind gerade einmal 1,5 %. Wir sind damit neben dem Etat des Wirtschaftsministeriums und dem Etat der Gesundheitsministerin unter 1 Milliarde und gehören zu den kleinsten Etats des Landeshaushalts (siehe Vorlage 16/1316, Seite 3).

Wie haben sich nun die Gesamtansätze insgesamt entwickelt? (Vorlage 16/1316, S. 4). Hier sind die Gesamtausgaben dargestellt. Wir hatten 2013 einen Haushaltsansatz von 917 Millionen €. Im Entwurf 2014 haben wir einen Ansatz von 921,4 Millionen €. Die Unterscheidungen in Einnahmen und Zuschussbedarf sind noch einmal dargestellt. Da gibt es geringfügige Verschiebungen. Im Großen und Ganzen sind die Verschiebungen mit den Personalkosten zu erklären.

Wie stellen sich die einzelnen Bereiche des Einzelplans 10 dar? (Vorlage 16/1316, S. 5) Wir haben den großen Block der Personalausgaben, der um gut 4 Millionen € gewachsen ist. Wir haben die Sachausgaben, die Sachinvestitionen, den Landesbetrieb Wald und Holz, über den wir eben diskutiert haben. Auch da ist die Steigerung mit der Steigerung der Personalkosten zu erklären. Wir haben zweckgebundene Ausgaben, wir haben bundes- und landesgesetzliche Leistungen. Wir haben die Gemeinschaftsaufgabe GAK, wir haben EU-Programme und die Landesförderung, also einen relativ hohen Anteil Förderprogrammen und EU-Programmen.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
20. Sitzung (öffentlich)

09.10.2013
sd-ro

Sie sehen, es gibt einen deutlichen Rückgang bei den Landesförderprogrammen. Hier schlagen die verabredeten Kürzungen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung zu Buche. – Die Verteilung der einzelnen Leistungen des Einzelplans 10 sehen Sie auch in einem Tortendiagramm (Seite 6). Der Haushalt hat ein Volumen im Bereich von Fördermaßnahmen von 735 Millionen €. Das ist ein Anteil von 79 % – Transferausgaben im weitesten Sinne.

Auf Seite 7 sind die Ausgaben des Einzelplans 10 sowie die mittelfristige Finanzplanung in der Entwicklung dargestellt. Ich verweise auf die Steigerungsraten bei den Personalausgaben sowie den sächlichen Verwaltungsausgaben. Bis 2017 wird es keine wesentlichen Veränderungen geben – so jedenfalls in der mittelfristigen Finanzplanung.

Ich komme zu den Arbeitsschwerpunkten (Vorlage 16/1316, S. 8). Ich habe acht Arbeitsschwerpunkte ausgewählt – Klima und Energie, Umweltwirtschaft und Nachhaltigkeit, Flächenverbrauch, Freiraumschutz und Altlasten, Naturerbe, Wasser, Abfall und Bodenschutz, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Tierschutz, Umwelt und Gesundheit.

Ich beginne mit dem wichtigen Schwerpunkt Klima und Energie, hier insbesondere der Gestaltung der Energiewende. Zurzeit ist es das zentrale Thema, wie wir zukünftig den Energiemarkt und den Strommarkt gestalten. Welches Design wird hier zugrunde gelegt? Wir diskutieren leider zurzeit zu viel über Strompreise und nicht über den gesamten Bereich des Energiemarktes. Wenn man weiß, dass 40 % der Energie in Wärme umgewandelt wird, dann ist das ein mindestens genauso wichtiger Bereich. Wenn wir uns vor Augen halten, dass die Heizkosten in den letzten Jahren um gut 25 % gestiegen sind, dann hat das eine höhere soziale Bedeutung als die eine oder andere Diskussion, die wir im Bereich Strompreise geführt haben. Ich meine, wir sollten hier einen Gesamtblick auch unter Klimaschutzgesichtspunkten einnehmen.

Dass der Klimaschutzplan erarbeitet wird, wissen Sie. Dass wir den Ausbau der erneuerbaren Energien in Nordrhein-Westfalen umfassend vorantreiben wollen, ist bekannt. Das können wir gerne noch einmal durchdeklinieren. Hier geht es insbesondere darum, die entsprechenden Potenziale darzustellen und Hilfestellung zu leisten, diese Potenziale zu heben.

Was sind wichtige Haushaltstitel in diesem Politikfeld? Das ist das Programm progress mit gut 17 Millionen €, der Programmtitel Klimaanpassung und das Feld der europäischen Strukturförderung – EFRE. Dieses Feld wird in Zukunft noch wichtiger, weil die Europäische Union vorgegeben hat, zukünftig von der Strukturförderung 25 % im Bereich Energie und Klimaschutz auszugeben. Da wachsen in der Perspektive für uns die Herausforderungen.

Im Bereich Umweltwirtschaft und Nachhaltigkeit erarbeiten wir eine Umweltwirtschaftsstrategie. Immerhin taucht in fast jedem Politikfeld der Zuständigkeit des Umweltministeriums auch der Begriff Wirtschaft auf. Die Umweltwirtschaft hat über 250.000 Beschäftigte in Nordrhein-Westfalen und einen Umsatz von über 40 Milli-

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
20. Sitzung (öffentlich)

09.10.2013
sd-ro

arden €. Das ist ein nach wie vor steigender und boomender Bereich – ein Cluster, das es zu stärken gilt: Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Holzwirtschaft, Energiewirtschaft, Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft – überall ist Wirtschaft mit drin. Das zusammen zu denken, wenn es darum geht, mit innovativen Technologien und Ansätzen auch wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze zu fördern, ist Gegenstand dieser Strategie.

Wir arbeiten zurzeit daran, das, was auf nationaler Ebene als Nachhaltigkeitsstrategie von der Bundesregierung verabschiedet worden ist, auf das Land Nordrhein-Westfalen zu übertragen. Im dritten Schwerpunkt in diesem Bereich geht es darum, im Rahmen der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ eine eigene Landesstrategie mit Leitprojekten zu verabschieden.

Was sind die Haushaltstitel, die das unterfüttern? Zum einen das Programm Ressourceneffizientes Wirtschaften (Vorlage 16/1316, S. 12), das im Großen und Ganzen die Effizienzagentur finanziert, dann der Bereich „Nachhaltige Entwicklung“ mit 1,2 Millionen € und die Durchleitung und Finanzierung der Stiftung Umwelt und Entwicklung, um im Bereich Nachhaltigkeit einiges zu erreichen.

Ich komme zum nächsten Feld, dem Flächenverbrauch, Freiraumschutz und den Altlasten (Vorlage 16/1316, S. 13). Ich brauche das nicht näher zu erläutern. Über AAV und die entsprechenden Transferleistungen, die da geleistet werden, haben wir ausreichend diskutiert. Das Ziel, die Reduzierung des Flächenverbrauchs, treibt uns gemeinsam an. Bei der nachhaltigen Flächenentwicklung unterstützen wir gerade Kommunen, wenn es darum geht, flächensparende Konzepte zu entwickeln. Wir leisten die Unterstützung des AAV mit 7 Millionen € und beteiligen uns an einer Gefährdungsabschätzung von Altlasten, die wichtige Voraussetzung für die Sanierung von Flächen ist – mit 3 Millionen € (Vorlage 16/1316, S. 14).

Im Bereich Naturerbe (Vorlage 16/1316, S. 15) nenne ich die zentralen Politikfelder, zunächst die Erstellung einer Biodiversitätsstrategie für Nordrhein-Westfalen. Auch hier handelt es sich um ein Herunterbrechen dessen, was auf Bundesebene als Biodiversitätsstrategie verabschiedet worden ist. Es geht darum, in Nordrhein-Westfalen, bezogen auf die verschiedenen Lebensraumtypen, zu identifizieren, was da die kurzfristigen, die mittelfristigen und die langfristigen Zielsetzungen sind.

Wir haben eine Novellierung des Landschaftsgesetzes zu einem Landesnaturschutzgesetz verabredet. Wir wollen in der nächsten Förderperiode das Programm Ökologische Entwicklung des Emscher-Lippe-Raumes neu ausrichten. Wir wollen ein ökologisches Jagdgesetz. Die entsprechenden Haushaltspositionen dazu: Der Naturschutzetat umfasst 36 Millionen € (Vorlage 16/1316, S. 16). Rechnen Sie das auf die Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen um, dann heißt das, dass wir gut 2 € pro Jahr und pro Mensch in Nordrhein-Westfalen für den Naturschutz ausgeben. Das ist eine Ausstattung, die angemessen ist, aber auf keinen Fall zu viel.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
20. Sitzung (öffentlich)

09.10.2013
sd-ro

Wir betätigen uns im Bereich Holzabsatzförderung/Holzwirtschaft mit 2,73 Millionen €. Die Transferleistungen zum Landesbetrieb Wald und Holz mit 54 Millionen € haben wir eben schon diskutiert.

Zum Politikfeld Wasser, Abfall, Bodenschutz (Vorlage 16/1316, S. 7). Wir arbeiten zurzeit an der Erstellung und Überarbeitung des Abfallwirtschaftsplans. Ich hoffe, dass wir zu Beginn des nächsten Jahres das Parlament, Sie, damit befassen können. Derzeit finden Vorgespräche mit den Verbänden statt, um danach eine ordentliche Verbandsanhörung und Kabinettsbefassung zu machen, um dann das Parlament zu erreichen.

Wir beschäftigen uns in diesem Zusammenhang mit der Frage Fracking, Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten. Wir arbeiten an einem Masterplan Wasser. Wir setzen die Wasserrahmenrichtlinie weiter um. Dahinter befindet sich das Hochwasserschutzkonzept in der Überarbeitung.

Was heißt das konkret an Haushaltstiteln? Für den Hochwasserschutz setzen wir 30 Millionen € plus 20 Millionen € das Kreditprogramm Hochwasser an (Vorlage 16/1316, S. 18). Wir sind als Einzeletat bei der Umstellung von Förderprogrammen hin zu kreditfinanzierten Förderungen vorangegangen. Allein 30 Millionen € ist der Beitrag des Einzelplans 10. So viel hat kein anderer Einzelplan hier geleistet. Wir sind guter Dinge, dass wir das Kreditprogramm zum 01.01.2014 entsprechend präsentieren können. Wir haben einen Anteil bei den GAK-Mitteln im Bereich Hochwasser von 10 Millionen €. Zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie, dem größten Programm des Einzeletats, stellen wir 80 Millionen € zur Verfügung. Diese Aufgabe braucht noch bis 2027 diese finanzielle Unterstützung. Wir haben die Verausgabung der Abwasserabgabe mit 71,24 Millionen €.

Im Bereich der Landwirtschaft sind die zentralen politischen Schwerpunkte die nationale Umsetzung der europäischen Agrarreform für die nächsten sieben Jahre (Vorlage 16/1316, S. 19). Wir beschäftigen uns sehr intensiv mit einer Strategie für eine tierschutzgerechte Tierhaltung, hier insbesondere große Tierhaltungsanlagen. Wir wollen die ökologische Landwirtschaft ausbauen und die neue EU-Förderperiode des NRW-Programms ländlicher Raum 2014 bis 2020 gestalten.

Die entsprechenden Haushaltstitel sind hier (Vorlage 16/1316, S. 20) die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ mit 24 Millionen €, die Verordnung Ländlicher Raum mit einem Landesanteil von 33,2 Millionen € und die Agrarverwaltung mit 98,12 Millionen €. Dahinter verbirgt sich im Wesentlichen die Finanzierung der Landwirtschaftskammer.

Der Bereich Verbraucherschutz und Tierschutz hat sechs Schwerpunkte (Vorlage 16/1316, S. 21), die Frage der Einrichtung und weiteren Begleitung eines Kontrollbarometers hinsichtlich der hygienischen Standards in unseren Betrieben. Wir wollen das Vorhaben beim LANUV, gerade große Betriebe zu überwachen, weiterführen. Verabredet ist in dem Rahmen, den das Parlament zur Verfügung gestellt hat, dankenswerterweise für die gesamte Legislaturperiode das Beratungsstellennetz der Verbraucherzentralen zu vervollständigen. Wir wollen im Bereich Energiemarkt

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
20. Sitzung (öffentlich)

09.10.2013
sd-ro

und Verbraucherschutz Akzente setzen. Wir planen zu der Thematik, die wir in Zusammenhang mit einem Gesetzesvorschlag der Piratenfraktion im Parlament diskutiert haben, demnächst eigenen Vorschlag der Landesregierung zur Haltung gefährlicher Tiere wildlebender Arten. Hinzu kommt das EU-Schulobstprogramm.

Die entsprechenden Haushaltstitel dazu sind (Vorlage 16/1316, S. 22) die Förderung der Verbraucherzentrale NRW mit 13,05 Millionen €, das Schulobstprogramm mit 3 Millionen €. Nach wie vor ist dieses Programm sehr nachgefragt. Wir kommen mit dem, was wir an Haushaltsmitteln zur Verfügung stellen, nicht nach. Wir wollen die Lebensmittelüberwachung verbessern. Auch hier werden strukturelle Änderungen notwendig sein, nachdem der Bundesrechnungshof uns seine Monita übermittelt hat.

Wir stellen für das Staatliche Veterinäruntersuchungsamt und die Integrierten Untersuchungsanstalten 38,83 Millionen € zur Verfügung, wofür die gesetzlichen Rahmenbedingungen in der Vergangenheit gesetzt worden sind, wobei wir hoffentlich bald mit Arnsberg den letzten weißen Fleck dieser Integrierten Untersuchungsanstalten schließen.

Ich komme zum Punkt Umwelt und Gesundheit (Vorlage 16/1316, S. 23). Hier geht es um die Stärkung der Umweltüberwachung, ein teilweise in der Vergangenheit vernachlässigtes Feld mit den bekannten Diskussionen, dass fehlende Überwachung auch zur Belastung von Mensch und Umwelt geführt hat. Hier geht es darum, eine starke Risikoorientierung zukünftig einzuziehen – das auf allen Ebenen, also sowohl bei der staatlichen Überwachung als auch der kommunalen Überwachung. Hier sind wir in guten Gesprächen auch mit der kommunalen Seite.

Wir arbeiten an Luftreinhalteplänen, hier insbesondere für das Rheinische Braunkohlerevier. Wir wollen und müssen in Nordrhein-Westfalen aktiv und verstärkt in eine NOx-Minderungsstrategie einsteigen, weil wir Anforderungen der Europäischen Union haben, die es zu erfüllen gilt.

Was sind die Haushaltstitel in diesem Bereich? (Vorlage 16/1316, S. 24) Der Immissionsschutz Luft mit 1,2 Millionen €, der Immissionsschutz Lärm mit 970.000 € und der Masterplan Umwelt und Gesundheit mit 650.000 €.

Ich komme zum Bereich Personal (Vorlage 16/1316, S. 25).

Was steht an im Bereich der EU-Förderperiode 2014 bis 2020? (Vorlage 16/1316, S. 26) Da wird der Schwerpunkt der Bereich Klimaschutz, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien sein. Wir haben im Einzelplan einen Landeskofinanzierungsanteil von 39 Millionen € eingesetzt. Wir sind dabei, zusammen mit der NRW.BANK Fonds zu entwickeln, die revolvierend die europäischen Mittel in einer Kombination aus Kreditförderung und Barförderung streckt und zur Verausgabung bringt. Wir hoffen genauso wie beim ELER-Programm, dass wir mit diesen Landeskofinanzierungsmitteln auskommen, können es aber noch nicht abschließend überblicken, weil die Programme gerade entstehen.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
20. Sitzung (öffentlich)

09.10.2013
sd-ro

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN) merkt an, dass der Minister dem Thema Fracking kritisch und distanziert gegenüberstehe, reiche seiner Fraktion nicht. Es habe einen Antrag aus Schleswig-Holstein im Bundesrat gegeben, das Bergrecht so zu ändern, dass Fracking nicht mehr so einfach möglich sei. Diesen Antrag habe NRW nach seinen Informationen nicht unterstützt.

(Rainer Deppe [CDU]: Fracking muss hier angesprochen werden!)

Minister Johannes Remmel (MKULNV) erwidert, es treffe nicht zu, dass der Antrag aus Schleswig-Holstein von Nordrhein-Westfalen nicht unterstützt worden sei, sondern Schleswig-Holstein habe nicht auf einer weiteren Beratung bestanden. Er sei im entsprechenden Bundesratsgremium, in dem Ausschuss von der Tagesordnung abgesetzt worden und falle aufgrund der allgemeinen Regelung unter die Diskontinuität, weil auch die Beratungsgegenstände im Bundesrat jeweils mit der Legislaturperiode des Bundestages endeten.

Bei der Beratung habe man darauf hingewiesen – das wisse auch der Kollege aus Schleswig-Holstein –, dass es einen Beratungsprozess gebe, bei dem in der Umweltministerkonferenz alle Bundesländer einstimmig die Bundesregierung aufgefordert hätten, in mehreren Bereichen tätig zu werden. Dieser Prozess sei in den Bundesrat weitergetragen worden. Auch dort sei mit großer Mehrheit die Bundesregierung aufgefordert worden, entsprechende Maßnahmen hinsichtlich einer besseren wissenschaftlichen Betrachtung, hinsichtlich der Bewertung der toxischen Stoffe, hinsichtlich der Umweltverträglichkeitsüberprüfung und hinsichtlich einer Veränderung des Bergrechtes zu ergreifen. Er finde es richtig, wenn es hier eine große Mehrheit aller Bundesländer gebe – jenseits der üblichen Parteigrenzen –, sodass man einen solchen gemeinsamen Vorstoß fast aller Bundesländer weiter unterstütze und aus dieser Phalanx nicht mit irgendwelchen Sondergeschichten ausbrechen wolle.

Die Bundesregierung habe die Vorschläge, die der Bundesrat gemacht habe, mehrheitlich bisher nicht umgesetzt. Das sei der entscheidende politische Punkt, der in der Auseinandersetzung zwischen Bundesrat und Bundestag nicht verwässert werden sollte. Er werbe politisch strategisch und auch fachlich dafür, diese breit getragene Haltung des Bundesrates auch zur Entfaltung gegenüber der Bundesregierung zu bringen. Es wäre schön, wenn das, was der Bundesrat beschlossen habe, in welchem Koalitionsvertrag auch immer, auftauchen würde. Dann wäre man ein Stück weiter.

Henning Höne (FDP) weist darauf hin, dass nach der mittelfristigen Finanzplanung die Ausgaben 2014, 2015 stark anstiegen, 2016, 2017 wieder heruntergingen, was sich auf die Gesamtausgaben auswirke. Er wüsste gerne, ob das mit besonderen Einzelmaßnahmen zusammenhänge, ob weitere größere Ausgaben bis 2016/2017 aktuell nicht absehbar seien.

Er bitte wie auch zu den letzten Haushaltsplanberatungen, die jeweils zehn größten Mehr- und Minderausgaben einmal schriftlich aufzuführen. Zum Wasserentnahmentgelt würde ihn eine Fortschreibung der Einnahmen der letzten zehn Jahre und ei-

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
20. Sitzung (öffentlich)

09.10.2013
sd-ro

ne Prognose für die nächsten Jahre interessieren. In der letzten Legislaturperiode habe es einige Kleine Anfragen dazu gegeben. In der Antwort auf die Kleine Anfrage „Wie hoch belaufen sich die Kosten durch die angestrebte Erhöhung des Wasserentnahmeentgeltes?“ – Drucksache 15/1673 – habe es eine gute Übersicht gegeben, die aus Prognosen ab 2011 bestanden habe. Vielleicht wäre an dieser Stelle eine entsprechende Fortschreibung möglich, dass man da einen aktuellen Überblick habe.

Minister Johannes Remmel (MKULNV) gibt an, der Ausschuss werde zusätzliche Informationen bekommen. Wenn Herr Höne eine konkrete Fortschreibung wünsche, dann könne man den konkreten Stand mitteilen. Es gebe eine gewisse Spekulation mit den investiven Ausgaben. Er vermute, dass das im Wesentlichen auf die Veränderung der europäischen Programme zurückzuführen sei, weil man in der Planung einen deutlichen Rückgang der Zuweisungen erwarte. Das müsse nicht faktisch so sein.

Zu EFRE habe er gehört, dass Nordrhein-Westfalen nicht so viel weniger bekommen werde. Man werde es sich noch einmal genauer ansehen müssen, wenn es bezüglich der europäischen Agrarmittel eine Verständigung unter den Bundesländern gebe. Es gehe um die Diskussion, welchen Anteil Nordrhein-Westfalen zukünftig insbesondere im Bereich der zweiten Säule bekomme. Das wirke sich auf diese Zahl erheblich aus. Insofern seien das Planzahlen. Man gehe dem aber nach, um vielleicht noch einmal einen genaueren Hinweis zu liefern.

